Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Anzeiger für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Lugau, Kuhschnappel, Wüstenbrand, Gersdorf, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Vieth, Rußdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mk. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus. | Fernsprecher Nr. 11. | Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 100. | Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31 | Sonnabend, den 3. Mai 1913. | Brief- und Telegramm-Adresse: Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal. | 63. Jahrg.

Oeffentliche Zustellung.

Es klagen 1. die Weberin Rosa Klara led. **Gläßer** in Auerhammer Nr. 16 i und 2. der minderjährige Martin Gerhard **Gläßer** daselbst, gesetzlich vertreten durch seinen Vormund, den Fabrikarbeiter Ernst Emil Scheffler in Auerhammer — Prozeßbevollmächtiger: Rechtsanwalt Dr. Haubold in Hohenstein-Ernstthal — gegen den Fabrikarbeiter Fritz Otto Neubert, früher in Hohenstein-Ernstthal, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte Vater des Klägers zu 2 sei mit dem Antrage zu erkennen: Der Beklagte wird verurteilt, 1. der Klägerin zu 1 die Kosten a) der Entbindung mit 12 M. 00 Pf., b) ihres Unterhalts während der ersten sechs Wochen nach der Entbindung mit 120 M 00 Pf und c) des Unterhalts für das Kind auf die Zeit von der Geburt bis zum 25. März 1913 mit 48 M — Pf., 2. dem Kinde vom 25. März 1913 an bis zur Vollendung seines sechzehnten Lebensjahre als Unterhalt eine im voraus zu entrichtende Geldrente von vierteljährlich 60 Mark, und zwar die rückständigen Beträge sofort, die künftig fällig werdenden am ersten jedes Quartals jedes Jahres zu zahlen, 3. die Kosten des Rechtstreits zu tragen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal

auf den 27. Juni 1913, vormittags 9 Uhr

geladen.

Hohenstein-Ernstthal, den 26. April 1913

Der Gerichtschreiber des Königlichen Amtsgericht.

Der nächste **Wochenmarkt** wird wegen des Montag, den 5. Mai 1913, auf dem Altmarkte stattfindenden Jahrmarktes **nach der Moltke- und Bismarckstraße** verlegt.

Hohenstein-Ernstthal, am 2. Mai 1913. **Der Stadtrat.**

Steuerpflichtige,

die für 1913 noch keinen Gemeinde- und Staatseinkommen- oder Ergänzungssteuerzettel erhalten haben, werden aufgefordert, dies im Rathaus, Zimmer Nr. 5 zu melden.

Hohenstein-Ernstthal, am 2. Mai 1913. **Der Stadtrat.**

Zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung sind bis zum **20. Mai 1913** zu bezahlen

a. 1. Termin Staatseinkommensteuer,
b. 1. Termin Ergänzungssteuer,
c. 1. Termin Gemeindeeinkommensteuer.
d. Die Stempelsteuer von Miet- und Pachtverträgen.

Diese Steuerbeträge sind ohne Rücksicht auf etwaige Reklamationen zu bezahlen. Ausgleich wird später erfolgen.

Hohenstein-Ernstthal, am 2. Mai 1913. **Der Stadtrat.**

Nach § 6 der Ordnung des Ziehkindewesens in der Stadt Hohenstein-Ernstthal vom 14. Februar 1911 sind die der Aufsicht des Stadtrates unterstehenden noch nicht schulpflichtigen Kinder jährlich zweimal durch einen Arzt zu untersuchen. Der Aufsicht des Stadtrates unterstehen alle Kinder unehelicher Geburt und die gegen Entgelt bei fremden Personen untergebrachten ehelichen Kinder.

Die **erste diesjährige Untersuchung** soll in der Zeit vom

5. bis mit 10. Mai 1913

erfolgen.

Die Pflegeeltern, Mütter und Ziehmütter werden aufgefordert, alle noch nicht schulpflichtigen Ziehkinder zu der angegebenen Zeit während der üblichen Sprechstunde einem der hiesigen Aerzte zuzuführen. Die Kosten der Untersuchung trägt der Stadtrat.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, den 29. April 1913.

Steuerpflichtige

hier, die über das Ergebnis ihrer diesjährigen Gemeindesteuer-Einschätzung eine Zuschrift noch nicht erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, sich bei der hiesigen Gemeindekasse — Rathaus, links 2. Zimmer — zu melden.

Oberlungwitz, am 2. Mai 1913. **Der Gemeindevorstand.**

Der **1. Termin Gemeindesteuer für 1913** ist spätestens bis

Sonnabend, den 10. Mai d. J.,

auch im Falle eingewendeter Reklamation, an die Gemeindekasse — Rathaus, links 2. Zimmer — zu bezahlen.

Oberlungwitz, am 2. Mai 1913. **Der Gemeindevorstand.**

Das Wichtigste vom Tage.

Der Ballon „Riesa" unternahm gestern mit vier Leipziger Luftfahrern eine Fahrt über die Ostsee.

Die Kaiserjacht „Meteor" wird an der diesjährigen Europa-Segelwoche in französischen Gewässern nicht teilnehmen.

Der deutsche Kronprinz ist der Herausgeber eines soeben in Stuttgart erschienenen Werkes „Deutschland in Waffen."

Statt der geforderten sechs wurden von der Budgetkommission des Reichstags nur drei neue Kavallerie-Regimenter bewilligt.

Das Pariser „Journal" will erfahren haben, daß Serbien und Montenegro sich vereinigen wollen.

Das österreichische Ultimatum, das eine Räumung Skutaris binnen 24 Stunden fordert, ist nach einer Privatmeldung am Mittwoch in Cetinje überreicht worden.

Der König von Montenegro erließ eine Erklärung, daß Skutari in den endgültigen Besitz Montenegros übergehe.

Bulgarien hat Montenegro vor einer Ueberspannung seiner Forderungen gewarnt, da es sich nicht in das montenegrinische Abenteuer einmischen will.

Was wird Oesterreich tun?

Die Botschaftervereinigung in London „tagt" in permanenter Vertagung — auch in ihrer letzten Sitzung war sie nicht fähig, ihre Stellung zu den Forderungen Oesterreich-Ungarns festzulegen. Der gestrige Donnerstag ward vielfach als der „Tag der Entscheidung" angesehen, und nun fordert die Botschaftervereinigung abermals vier Tage Bedenkzeit, indem sie sich auf Montag vertagte — es ist schwer, keine Satire zu schreiben! Soll diese neue Vertagung in gewissem Sinne als „Entscheidung" angesehen werden, so wird man es der habsburgischen Monarchie keineswegs verdenken können, wenn sie auf den Rat und den Beschluß dieser Konferenz pfeift und zu selbständigem Handeln schreitet. Mehr und mehr bricht sich ja auch die Ansicht Bahn, daß Oesterreich den günstigsten Zeitpunkt bereits verpaßt hat und durch schnelles eigenes Vorgehen das Versäumte kaum noch einzuholen vermögen wird. Die Entscheidung wird jetzt also nicht mehr in London fallen, sondern in Wien, denn Oesterreich hat wiederholt erklärt, daß es mit einer Verschleppung der Verhandlungen nicht einverstanden sein könne. Ueber die gestrige Sitzung der Botschafter wird aus London gemeldet:

Wie Reuters Bureau erfährt, war die Botschafter-Vereinigung kurz vor 6 Uhr beendet. Der russische Botschafter verließ als Erster, der österreichische als Letzter die Konferenz. Die nächste Sitzung der Botschafter-Vereinigung wird am Montag einberufen werden. Die befürchtete Sprengung ist nicht eingetreten.

Eine weitere Meldung des Reuterschen Bureaus besagt:

Die in bezug auf die etwaige Auflösung der Botschafterkonferenz ausgesprochenen Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Der österreichische Botschafter hat sich, nachdem die übrigen Botschafter das Foreign Office verlassen hatten, einige Zeit mit Sir Edward Grey unterhalten. Kurz darauf zeigte Foreign Office an, daß sich die Botschafter kommenden Montag wieder vereinigen werden. Inzwischen werden die Botschafter ihren Regierungen über die nunmehr getroffenen Entscheidungen Mitteilung machen.

Ein außerordentlicher österreichisch-ungarischer Kronrat.

Eine Extraausgabe des „Neuen Wiener Tagblatts" meldete am Spätnachmittag des Donnerstags:

Der Kaiser hat für morgen — also heute Freitag — einen außerordentlichen Kronrat einberufen, an dem außer den gemeinsamen Ministern die beiden Ministerpräsidenten teilnehmen werden. Heute vormittag hat der Kaiser den Minister des Aeußeren, Grafen Berchtold und den Generalstabschef Freiherrn Konrad v. Hötzendorff empfangen. Die Audienzen dauerten drei Stunden.

In politischen Kreisen mißt man der Meldung, daß der Kaiser einen außerordentlichen Kronrat einberufen hat, große Bedeutung bei. Man zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die Ergebnisse der Londoner Botschafterkonferenz für Oesterreich-Ungarn unannehmbar waren und daß nun der Moment zum selbständigen Vorgehen Oesterreich-Ungarns gekommen sei.

Ueberreichung des Ultimatums in Cetinje.

Eine Wiener Meldung, die bereits vom Mittwoch datiert, lautet: Das Ultimatum Oesterreichs, das eine Räumung Skutaris binnen 24 Stunden fordert, ist am Mittwoch in Cetinje überreicht worden. Falls Montenegro ablehnt, erfolgt sofort die Abberufung des Gesandten in Cetinje, Giesl, und der Einmarsch in Cetinje. Auf der Botschafterkonferenz am Donnerstag wird Mitteilung vom selbstständigen Vorgehen Oesterreichs gemacht und die Frage wegen des Anschlusses an die Aktion gestellt werden.

Eine amtliche Bestätigung von der Ueberreichung des Ultimatums liegt noch nicht vor. Zum mindesten kann nach den Wiener Nachrichten angenommen werden, daß die Ueberreichung unmittelbar bevorsteht, falls sie inzwischen noch nicht erfolgt ist.

Eine Proklamation Nikitas.

Die „Südslawische Korrespondenz" meldet aus Cetinje: König Nikolaus erläßt in diesen Tagen eine Proklamation an die Bewohner der Stadt Skutari, in der die historischen Rechte des Serbentums und Montenegros speziell auf Skutari dargelegt und erklärt wird, daß Skutari in den definitiven Besitz Montenegros übergehe. Der König versichert die Einwohner der Gewährung voller religiöser und persönlicher Freiheit und Respektierung der übernommenen Rechte und Gebräuche. Der König erwartet, daß die neue montenegrinische Stadt, die zu besonderer Blüte kommen soll, treu im neuen Staatsverbande stehen werde. Die Proklamation wird gleichzeitig mit dem Einzuge des Königs in Skutari veröffentlicht werden.

Die Auffassung in Paris.

Die Befürchtungen wegen einer Zuspitzung des Skutarikonflikts sind sehr gestiegen. Die Presse versucht Oesterreich vor den äußersten Schritten zurückzuhalten. Offiziös dagegen wird angedeutet, aus den Besprechungen Pichons einerseits, Greys andererseits mit den Botschaftern habe sich folgendes Verfahren ergeben: Die Mächte werden eine abermalige Kollektivnote an Montenegro richten und ihm zum Verzicht auf Skutari 24 bis 48 Stunden Frist geben. Falls die Antwort wieder dilatorisch lauten sollte, sollen drei Mächte, darunter eine der Tripleentente angehörende, in Montenegros Häfen Truppen landen. Diese Lösung habe allseitige Zustimmung mit Ausnahme Rußlands gefunden, das aber nicht aktiv intervenieren werde. Ein weiteres Vordringen der europäischen Truppen in das Landesinnere sei nicht vorgesehen. Anderseits wird behauptet, im Konfliktsfalle würde Montenegro heimlich die wirksame Unterstützung Rußlands durch Materiallieferungen finden.

Die letzte Hoffnung.

Eine Information des Reuterbureaus besagt: Obwohl über die dem montenegrinischen Delegierten Popowitsch anvertraute Londoner Mission Stillschweigen gewahrt wird, glaubt man, daß seine Anweisungen derart sind, daß sie einen Ausgleich möglich machen. Als erheblicher Fortschritt wird es betrachtet, daß Montenegro selbst seine Bereitwilligkeit habe durchblicken lassen, Skutari zu räumen (??) Rußland soll Oesterreich eine neue Mitteilung gemacht haben, in der es seinen Entschluß wiederholt, auf der Räumung Skutaris durch Montenegro zu bestehen.

Vor den Friedensverhandlungen.

Der Fall von Skutari und die albanesische Frage haben in den letzten Tagen vergessen lassen, daß der zeitlich frühere Wunsch Europas nach dem Frieden im Balkankriege noch unerfüllt ist. Jetzt ist ein bedeutender Fortschritt in dieser Frage zu verzeichnen. Ein Telegramm aus Konstantinopel meldet:

Die Note der Mächte über die Friedenspräliminarien ist der Pforte überreicht worden.

Ein weiteres Konstantinopeler Telegramm besagt: Die Note der Mächte, die im Namen aller Botschafter durch den österreichisch-ungarischen Botschafter Markgrafen Pallavicini dem Minister des Aeußern überreicht worden ist, enthält noch nicht die Bedingungen für den Präliminarfrieden. Sie ist sehr kurz und ersucht nur um sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, um Bezeichnung der Friedensdelegierten und der Stadt, wo die Delegierten zusammentreten sollen, um die Friedenspräliminarien auf Grund von Bedingungen, die vorher von den Mächten festgestellt werden würden, zu unterzeichnen. Die Pforte wird ihre Antwort am Freitag übergeben.

Eine englische Warnung vor Uebereilung.

Die „Times" schreiben: Wir können uns nicht entschließen, zu glauben, daß Oesterreich-Ungarn alle Früchte seiner Geduld und Mäßigung, die es an den Tag gelegt hat, aufgeben wird. Falls es findet, daß es von Europa tatsächlich im Stiche gelassen worden ist, so ist es nötig, zu sagen, daß wir bis jetzt nicht die geringste Spur einer solchen Absicht auf seiten Europas entdecken konnten. Im Gegenteil, die Mächte bezeigen samt und sonders den unbeugsamen Entschluß, von dieser einmal getroffenen Entscheidung nicht abzugehen. Rußland ist in dieser Hinsicht ebenso fest entschlossen, wie die übrigen Mächte. Wir erfahren aus Paris, daß die russischen Botschafter in allen wichtigen Hauptstädten Europas identische Erklärungen abgegeben haben, die ausdrücklich besagen, daß Rußland, nachdem es die Note unterzeichnet hat, die den König Nikolaus zur Aufgabe Skutaris auffordert, daran festhält, daß Montenegro diesen Ort nicht bekommen darf. Von Petersburg hören wir dasselbe. Nichts kann klarer und kategorischer sein. Zweifelt Oesterreich-Ungarn an dieser Versicherung oder hat es einen vernünftigen Grund, daran zu zweifeln? Wir glauben es nicht. Eben deshalb können wir uns nicht vorstellen, daß es die undenkbare Uebereilung begehen wird, unmittelbar und einseitig gegen König Nikolaus vorzugehen.

Bulgarien rückt von Nikita ab.

Aus Sofia wird gemeldet, man sei dort nicht im entferntesten geneigt, das montenegrinische Abenteuer mitzumachen. Das Sofioter Kabinett habe in Cetinje ernste Warnungen vor der Ueberspannung der Dinge erteilt und die bulgarische Regierung habe alle materiellen Zuwendungen an